

Helfried Dietrich, Schwentinestr. 47a, 22851 Norderstedt

Herrn SPD- Fraktionsvorsitzenden

Dr. Frank- Walter Steinmeier

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Per E- Mail

Gemeinnütziger Verein

Postfach 25 01 40 · 68084 Mannheim

vorstand@iedf.de · www.iedf.de

Amtsgericht Mannheim · VR 700231

Bank: IG ehem. DDR-Flüchtlinge

Deutsche Bank Mannheim

BLZ 670 700 24 · Konto 043 77 49

Norderstedt, 03.08.2013

Sehr geehrter Herr Dr. Steinmeier,

herzlichen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben, im Anschluss an den Wahlkampfauftakt am 02.08.2013 in Norderstedt und Ihre überzeugende Rede mit mir über das Rentenproblem der ehemaligen DDR- Flüchtlinge zu sprechen. Der Rahmen, in dem das Gespräch stattfand, war verständlicherweise nicht geeignet, das Problem umfassend zu erörtern. Nach meinem Eindruck haben Sie aber nicht nur geduldig, sondern auch sehr interessiert zugehört. Daraus folgere ich, dass das Thema Ihnen nicht geläufig ist, obwohl die Fraktionsleitung der SPD von uns auch in letzter Zeit bereits mehrfach angeschrieben worden ist und die SPD mit ihrem Antrag 17/5516 vom April 2011 das Problem lösen wollte.

Wir hatten in Norderstedt vereinbart, dass ich Ihnen den Schriftwechsel, den ich in der vergangenen Woche an Sie gerichtet und mit Herrn Thönnies geführt hatte, auf diesem Wege zusende.

Dazu noch einige Anmerkungen:

Seit ca. 15 Jahren wenden sich Betroffene, zunächst jeder einzeln, seit einigen Jahren im Rahmen unseres Vereines, gegen ihre diskriminierende Behandlung.

Im Rahmen eines von uns am 22.03.12 durchgeführten Symposiums hat Herr Ottmar Schreiner erklärt, dass es ein in seiner langjährigen Parlamentarischen Tätigkeit einmaliger Vorgang sei, in dem jeweils die Opposition eine Forderung gegenüber der Regierung unterstützt und bei sich umkehrenden Machtverhältnissen sich auch die Haltung der Parteien zu diesem Thema umkehrt. Er hat dort weiterhin erklärt, dass, wenn von den Verfassern des Gesetzestextes, also den Referenten im zuständigen Ministerium, vorsätzlich versteckt Formulierungen hineingeschrieben wurden, die nicht dem Willen des Souveräns entsprachen und die von den Abgeordneten auch nicht als „Trojanisches Pferd“ erkannt werden konnten, dann sei dies kriminell.

Ein einmaliger Vorgang ist es wohl auch, dass sich eine Petition im Bundestag über mehrere Legislaturperioden hinzieht und nun auch in den 18. Bundestag weitergereicht wird.

Immerhin ist positiv festzuhalten, dass der Petitionsausschuss sich in seltener Hartnäckigkeit nicht der Blockadehaltung der Bundesregierung fügt.

Der permanente Widerstand aus dem BMAS ist angesichts unserer unwiderlegten Beweise nicht nachvollziehbar.

Wir haben immer wieder erlebt, dass Politiker, denen wir das Problem vortragen, spontan sehr erstaunt sind und einen dringenden Handlungsbedarf erkennen, sich dann aber diskret zurückziehen.

Zahlreiche Dokumente und Pressestimmen finden Sie auf der oben genannten Internetseite unseres Vereines, darunter auch den Artikel in „DIE ZEIT“ vom 12.07.2012, <http://www.zeit.de/2012/29/Wende-DDR-Buerger-Rente/>

Das in der gleichen Zeitung, vom 13. Januar 2011, S.61/62, nachlesbare Statement von Peter Weiß (CDU), wonach mit einem Wirksamwerden einer möglichen Korrektur nicht vor 2019 zu rechnen sei, hat zweifellos einen realen Grund, der aufgeklärt werden muss.

Obwohl die Aussage von einem CDU- Abgeordneten gemacht wurde, sind die Herren Franz Thönnies und Olaf Scholz mit ihrem Insiderwissen gefordert, diese Frage schlüssig zu beantworten.

Bisher hatten wir bei einigen SPD- Abgeordneten viel Verständnis und auch Engagement gefunden. Nach dem Tod von Ottmar Schreiner und dem Ausscheiden von Anton Schaaf fehlt uns allerdings ein konkreter, engagierter Ansprechpartner. Die Debatte und Abstimmung am 28.Juni 2013 zum Antrag 17/13453 hat gezeigt, dass die SPD insgesamt weiterhin unser Anliegen unterstützt. Offenbar ist das Problem aber in der Parteispitze, insbesondere der Fraktionsleitung und dem Vorstand, momentan kein aktuelles Thema.

Hiermit möchte ich meine Frage wiederholen, ob die SPD nach der Neukonstituierung des Bundestages eine erneute Gesetzesinitiative ergreifen wird, um diesen beispiellosen Vorgang zu beenden.

Ich bitte deshalb darum, dass Sie uns einen Gesprächstermin einräumen, in dem wir mit Ihnen Möglichkeiten und Wege zur Durchschlagung des gordischen Knotens diskutieren möchten.

Wir haben Verständnis dafür, wenn dies erst einige Wochen nach Konstituierung des neuen Bundestages möglich ist.

Für weitere Informationen stehe ich Ihnen gern zur Verfügung und verbleibe mit freundlichen Grüßen



Anlagen